

«Der See ist nicht der Wilde Westen»

Motorboot-Raserei Nach zwei tödlichen Unfällen auf dem Gardasee und dem Comer See diskutiert Italien über Tempolimiten auf dem Wasser. Im Gespräch ist auch ein neuer Straftatbestand: Totschlag durch Bootsunfall.

Francesca Polistina

Auf italienischen Seen soll nicht mehr gerast werden. Forderungen nach mehr Kontrollen und schärferen Regeln für Bootsfahrer werden laut, nachdem am 19. Juni auf dem Gardasee ein italienisches Paar ums Leben gekommen ist. Dessen kleines Holzboot hatten Münchner Touristen mit ihrem Motorboot gerammt. Eine Woche später kam es erneut zu einem tödlichen Unfall, dieses Mal am Comer See: Das Opfer, ein 22-jähriger Italiener, befand sich an Bord eines Motorbootes, als ein anderes Motorboot mit etwa zehn Touristen aus Belgien es überfuhr. Der Student starb auf der Stelle, seine zwei Freunde wurden verletzt. «Der See ist nicht der Wilde Westen», war in italienischen Medien zu lesen.

Statistiken des italienischen Verkehrsministeriums zeigen, dass Boote nicht nur Dolce Vita und Sonnenbaden bedeuten, sondern dass von ihnen auch Gefahren ausgehen. Weil im Vergleich zu Verkehrsunfällen



Rasend schnell unterwegs: Touristen auf dem Comersee. Foto: Imago

bei Bootsunglücken weniger Menschen tödlich verunglücken, werden diese allgemein weniger wahrgenommen – bis zu den Ereignissen der vergangenen Tage.

Mehrere Faktoren spielen in der aktuellen Debatte eine Rolle: Die zwei Unfälle ereigneten sich auf bei Touristen beliebten Seen, die drei Toten waren jung, die Geschwindigkeit war vermutlich

hoch, die Kollision wurde von ausländischen Feriengästen verursacht. Für Aufregung sorgte auch, dass einer der Tatverdächtigen des Gardasee-Unfalles den Alkoholtest verweigerte. Dieser ist für Unfälle auf dem Wasser nicht verpflichtend, wohl aber, wenn man auf der Strasse unterwegs ist – weshalb nun für den Bootsverkehr ähnlich strenge

Regeln gefordert werden, wie sie für den Autoverkehr gelten.

Seit fünf Jahren sieht das italienische Gesetz härtere Strafen vor, wenn ein Autounfall gerichtlich als Totschlag gewertet wird. Sind Drogen oder Alkohol im Spiel, können sie noch höher ausfallen. Die Regel, die noch unter der Regierung von Matteo Renzi eingeführt wurde, nannte «La Repubblica» einmal «das stärkste Gesetz, das je in der Geschichte der italienischen Republik in Sachen Strassenverkehrssicherheit umgesetzt wurde».

Sie ist durchaus eine politische Antwort auf die vielen Unfälle, die auf der Strasse passieren. Aber ob sie tatsächlich auch etwas bewirkt hat, ist umstritten. Zwar ist die Zahl der Verkehrsunfälle in Italien seit Einführung des Gesetzes zurückgegangen, doch diesen Trend gibt es schon seit 15 Jahren. Würde man also den «omicidio nautico», den Straftatbestand «Totschlag durch Bootsunfall» einführen, wie nun manche fordern, würde das wirklich auch die Zahl der

Unfälle auf den Seen verringern? Oder wäre das lediglich politischer Aktionismus?

Gewiss ist: Bis ein solches Gesetz kommt – wenn es überhaupt kommt –, dürfte noch einige Zeit vergehen. Währenddessen und mit Blick auf die Sommersaison fordern viele Italienerinnen und Italiener mehr Tempokontrollen auf den Gewässern und Einschränkungen für Motorboote.

Bald keine Mietboote mehr?

Im Trentino, im nördlichsten Teil des Gardasees um Riva del Garda, gilt ein Verbot schon seit mehreren Jahren: Dort ist das Fahren mit dem Motorboot grundsätzlich nicht erlaubt. Dass Motorboote auch im südlichen Teil des Gardasees oder auf anderen Seen komplett verboten werden, ist unwahrscheinlich. Jedoch plädieren auch Umweltorganisationen für striktere Vorschriften. So fordert etwa die Organisation Legambiente, dass die Vermietung von Motorbooten untersagt und ein nachhaltiger Tourismus gefördert wird.

Hitze in Kanada und den USA: Mehr als hundert Tote

49,5 Grad Den dritten Tag in Folge sind in Kanada die heissesten Temperaturen im Land seit Beginn der Aufzeichnungen gemessen worden. In Lytton in British Columbia kletterte das Thermometer am Dienstag auf 49,5 Grad Celsius. Der Regierungschef der Provinz an der Westküste des Landes, John Horgan, rief die Bevölkerung dazu auf, nach Nachbarn zu sehen, die gefährdet sein könnten, kalte Kompressen im Kühlschrank aufzubewahren und sich im kühlestem Teil des Hauses aufzuhalten. Im Grossraum Vancouver registrierte die Polizei bislang 134 Todesfälle. Die extreme Hitze werde bei der Mehrzahl der Fälle als Mitursache angesehen. In Vancouver wurden für die Einwohner klimatisierte Zentren eingerichtet. Die Hitze soll die kommenden Tage andauern.

Auch aus dem Nordwesten der USA wurde von Hitzetoten berichtet. New York gab eine Hitzewarnung heraus. Zahlreiche Menschen suchten in Tiefgaragen oder in klimatisierten Autos Schutz vor der Hitze. (sda/afp)

Und der Himmel feiert mit



Peking leuchtet Unwetter hin oder her: Am Vorabend des 100-jährigen Bestehens der Kommunistischen Partei Chinas wurden in der Hauptstadt Gebäude mit Licht und Projektionen spektakulär in Szene gesetzt. Foto: AFP

Mord auf Fähre bleibt ungeklärt

Freispruch Im Prozess um den Tod eines Touristen auf einer finnischen Fähre vor 34 Jahren ist der Beschuldigte gestern freigesprochen worden. Man könne nicht beweisen, dass der damals 18-jährige H. als Einziger «die Möglichkeit zum Verüben der Taten» gehabt habe, erklärte das Gericht in Turku. Dem Dänen H. wurde vorgeworfen, den 20-jährigen Deutschen getötet und dessen Freundin verletzt zu haben. Tatwaffe soll ein Hammer gewesen sein, der aber nie gefunden wurde. (afp)

Entertainer Bill Cosby kommt frei

Harrisburg Der oberste Gerichtshof des US-Bundesstaates Pennsylvania hat die Verurteilung des früheren Fernsehstars Bill Cosby wegen sexuellen Missbrauchs gestern aufgehoben. Demnach soll der 83-jährige aus dem Gefängnis entlassen werden. Der mit der Sitcom «Cosby Show» weltberühmt gewordene Komiker und Schauspieler war 2018 schuldig gesprochen worden, weil er im Jahr 2004 eine Frau unter Drogen gesetzt und sexuell missbraucht haben soll. (gho)

Um 22.38 Uhr gingen Tausende ins Bett – an dem Abend, als Weltmeister Frankreich von der Schweiz besiegt wurde

Fussball im Fernsehen Es war ein Thriller, abendfüllende drei Stunden lang, der SRF Spitzenquoten bescherte: 1,4 Millionen Menschen schauten im Schnitt am Fernsehen zu, wie sich die Schweizer Nati gegen den amtierenden Weltmeister abrackerte – und sich im Showdown mit fünf verwandelten Penaltys zum historischen Sieg schoss. Marktanteil: 72 Prozent, wie SRF meldet. Wie das Minutenprotokoll der TV-Nutzung von SRF zeigt, haben bei Schweiz - Frankreich

aber einige SRF-Kunden die spannendste Phase des Spiels verpasst. Bei Matchbeginn verfolgten 1,2 Millionen Menschen das Spiel im Schweizer Fernsehen. Während der ersten Halbzeit steigerte sich die Einschaltquote laufend. Um 21.47 Uhr erreichte sie den Höchststand: 1,6 Millionen Menschen sind dabei, als der Schiedsrichter die Spieler beim 1:0 für die Schweiz in die Pause schickt. Zwischen der 55. und der 75. Minute überschlagen sich die Ereignisse: Die Schweiz gibt das

Spiel kurzzeitig aus den Händen – und die Zuschauerzahlen brechen ein. Knapp 200'000 Menschen zappen nach den Benzemertoren und dem 3:1 weg oder schalten den TV aus. Der Tiefpunkt der zweiten Halbzeit ist um 22.38 Uhr erreicht: 1,34 Millionen. Beim Penaltyschiessen steigen die Zahlen noch einmal leicht an, auf knapp über 1,4 Millionen. So viele Zuschauer sehen also auf SRF, wie Goalie Yann Sommer kurz vor Mitternacht Kylian Mbappés Schuss pariert. (red)

Scheinwerfer



Foto: Annie Leibovitz (Vogue)

US-First Lady **Jill Biden** (70) zielt das neue Titelblatt der amerikanischen «Vogue». Auch frühere First Ladies, so etwa Michelle Obama, waren bereits auf dem Cover des Modemagazins zu sehen. Bidens direkte Vorgängerin Melania Trump, ein Ex-Model, hatte es jedoch während der Amtszeit ihres Mannes nicht auf die «Vogue»-Front geschafft. «Eine First Lady für uns alle: Unterwegs mit Dr. Jill Biden» lautet der Titel des Beitrags in der August-Ausgabe des Magazins. Das von Annie Leibovitz geschossene Titelbild zeigt Jill Biden in einem blauen und mit Blumen bedruckten Kleid des Designers Oscar de la Renta auf einem Balkon des Weissen Hauses, das Washington Monument im Hintergrund.

Weil die Filmkone und Tier-schützerin **Brigitte Bardot** (86) den französischen Jagdverbandschef beschimpft hat, muss sie eine Geldstrafe von insgesamt 7000 Euro zahlen. Ein Gericht im nordfranzösischen Arras sprach die frühere Schauspielerin der



Foto: Eric Fieberberg (AFP)

Beleidigung schuldig. Sie muss zudem einen Artikel aus dem Jahr 2019 von der Website ihrer Tierschutzstiftung löschen, in dem sie Jäger als «niederträchtig feige Untermenschen» und «Terroristen der Tierwelt» bezeichnet. Den obersten Jäger Frankreichs nannte Bardot ein «krasses Beispiel» dafür. (red)

Lotto Schweiz

1 8 12 16 36 39 Glückszahl 5
Replay 2 Jackpot: 1,5 Mio. Fr.
Joker 1 2 3 3 3 8

Totes Mädchen: Zwei Festnahmen

Wien In Wien wurde am Wochenende ein 13-jähriges Mädchen offenbar unter Drogen gesetzt, sexuell missbraucht und dann erstickt. Tatverdächtig sind ein 16-jähriger und ein 18-jähriger aus Afghanistan. Sie wurden festgenommen – nach wie vor sind viele Fragen offen. Die Leiche des Mädchens lehnte an einem Baum, unweit der Wohnung des 18-jährigen. Österreicher diskutieren nun über Asylpolitik; die konservative Regierungspartei will Abschiebungen beschleunigen. (red)

Wie macht man ein Amt attraktiv?

Gemeinde-Serie: Wer regiert uns? Gemeinderäte sind männlich und alt. Der Nachwuchs interessiert sich kaum für das verstaubte Amt. Wie kann man das ändern?

Sascha Britsko und **Simon Huwiler**

Das Fundament der Demokratie bröckelt. Wo künftige Kantons- und Nationalräte reformiert werden sollen, nämlich in den Gemein-

deräten, fehlt der Nachwuchs. Was ist los?

Da wären Lokalparteien, die ihren Einfluss verloren haben. 366 Gemeinderäte, mehr als jeder dritte, gehört keiner Partei mehr an. Damit sind die Parteilosen mit Ab-

stand die stärkste Kraft. Da wäre ein starkes Missverhältnis zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern. Das Durchschnittsalter eines Gemeinderates liegt bei 56 Jahren, drei Viertel sind über 50 Jahre alt. 72 Prozent sind Män-

ner, in 12 Gemeinderäten regiert keine einzige Frau. Und: Nur gerade zwei Prozent sind unter 35 Jahre alt. Unter 30 Jahren finden sich in ganzen Kanton noch sieben Gemeinderäte. Jede zweite Gemeinde gibt an, dass sie

Mühe hat, geeignete Kandidaten zu finden.

Wir haben diese Daten erfasst, ausgewertet und publizieren sie in der Serie «Wer regiert uns?». Zum Schluss wollen wir wissen: Wie sehen Gemeinderätinnen das

Amt? Wie die Wissenschaft? Was kann man gegen das schwindende Interesse der Jungen tun? Auskunft geben eine Gemeinderätin Anfang 30, ein Wissenschaftler der ZHAW und eine Gemeinderätin am Ende ihrer Karriere.



«Man muss nicht alles wissen.» Foto: Sabina Bobst



«Eine Reform ist keine Wurst.» Foto: PD



«Die Verwaltung unterstützt einen.» Foto: Sabina Bobst

Seit zwei Jahren Gemeinderätin: Michèle Dünki-Bättig (31)

Michèle Dünki (SP, 31) politisiert im Kantonsrat, ist Projektleiterin und verwaltet seit drei Jahren das Millionebudget der Gemeinde Glattfelden.

«Es war mir schon vor Amtsantritt klar: Gemeinderätin ist man nicht nur während der bezahlten 16 Prozent Arbeitszeit. Und trotzdem haben mich die Intensität und die Auswirkungen auf mein ganzes Leben überrascht. Bin ich im Dorf unterwegs, sprechen mich Bürgerinnen an und tragen ihre Anliegen vor. Ich bin quasi das Postfach der Gemeinde.

Dafür kann ich als Gemeinderätin mitgestalten und -entscheiden, wie sich unser Dorf entwickeln soll. Sollen wir Kies abbauen? Wie setzen wir uns für den Umweltschutz ein? Spannend auch: Im Kantonsrat entwerfen wir Gesetze, in der Gemeinde setzen wir sie um. Dafür fordert das Amt viel Freizeit. Zeit für eine berufliche Weiterbildung beispielsweise bleibt nur, wenn man nicht so viel Wert auf Schlaf legt.

Dass wir in Glattfelden dereinst keine Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte mehr finden, glaube ich kaum. Dafür herrscht hier ein zu politisches Klima. Aber man kann das Amt durchaus attraktiv machen. Zum Beispiel durch die Trennung von Strategie und Umsetzung. Der Gemeinderat soll sich um die Politik und das Strategische kümmern, die Verwaltung soll dafür mehr Freiraum er-

halten, die Entscheide selbstständig umzusetzen. Hilfreich ist auch, dass uns inzwischen alle Akten digital zur Verfügung stehen. Das ist wichtig und gut, denn so kann ich sie unterwegs studieren und muss nicht am Wochenende für Stunden ins Gemeindehaus.

Mich stört, dass gewisse Berufsgruppen und soziale Schichten quasi vom Amt ausgeschlossen werden. Wer im Spital arbeitet, hat kaum Zeit, sich für die Gemeinde zu engagieren. Viele Sitzungen sind auch abends, was gerade für Frauen mit Familie schwierig macht. Sowiesso sollte vermehrt auf Frauen zugegangen und sollten sie für dieses Amt motiviert werden. Der Gemeinderat ist immer noch eine Männerdomäne, was durchaus anstrengend sein kann.

Auch Junge fehlen in den Gemeinden. Für junge Menschen ist es ein wegweisender Entscheid, sich für vier Jahre zu verpflichten. Gleichzeitig habe ich aber nie erlebt, dass man aktiv auf sie zugegangen wäre. Es werden immer ältere Männer, die Dorfältesten, für das Amt angefragt.

Ich kann Frauen und jungen Menschen nur sagen: Man soll zwar Respekt vor dem Amt haben, aber man muss nicht alles wissen. Schon gar nicht, wie man einen Finanzausgleich berechnet. Frau muss nur wissen, wo sie diese Informationen bekommt.»

Aufgezeichnet von Simon Huwiler

Seit 20 Jahren Gemeinde-Experte: Reto Steiner (50)

Reto Steiner (50) untersucht seit 20 Jahren im 5-Jahres-Takt die Entwicklung der Schweizer Gemeinden im Nationalen Gemeinemonitoring. Seit vier Jahren leitet er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) die School of Management and Law.

«Den Gemeinden in der Schweiz geht es im Vergleich zu anderen europäischen Gemeinden gut. Sie sind finanziell gesund, geniessen viel Vertrauen seitens der Bevölkerung und haben eine hohe Leistungsfähigkeit. Aber auch jemand, der gesund ist, sollte darauf achten, dass sich sein Zustand nicht verschlechtert. Auf Gemeinden übertragen kann ich unter anderem drei Problemzonen erkennen: die Organisation der Verwaltung, die Rekrutierung und die Digitalisierung.

Jede zweite Gemeinde gibt an, Probleme zu haben, geeignete Leute für politische Ämter zu finden. Das hat damit zu tun, dass die Regierungsarbeit komplexer geworden ist und die Erwartungen der Bevölkerung an Gemeindepolitikerinnen sehr hoch sind. Es handelt sich um ein Millizamt, das viel Einsatz erfordert und gleichzeitig mit dem Berufs- und Privatleben abgestimmt werden muss. Dies bei einem vergleichsweise schlechten Lohn von 13'000 Franken pro Jahr. Die meisten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind zudem nicht

einmal bei der Pensionskasse versichert. Das sind Faktoren, die den Job für junge Leute, aber auch Berufstätige mit Familienpflichten unattraktiv machen.

Um das zu ändern, müssten Anreize geschaffen werden. Die meisten Gemeinden wissen das und haben in den letzten Jahren die Entschädigung erhöht. Aber man könnte noch mehr tun. Zum Beispiel muss das Amt auch bewältigt werden können, wenn man ausserhalb der Gemeinde arbeitet. Die Möglichkeiten digitaler Anreize sind vielfältig. Gemeindegremien sollten weiter ausgebaut werden. Auch sollten Gemeinden potenziellen Nachwuchs direkt ansprechen. Sei es durch neue kommunikative Zugangswege zur Bevölkerung oder auch durch den Einstieg in die Politik anhand von konkreten, zeitlich begrenzten Projekten.

Durch Fusionen und interkommunale Zusammenarbeit werden Ressourcen geschaffen, mit denen anspruchsvoller werdende Aufgaben wie die familienexterne Betreuung oder die Informatik bewältigt werden können. Und durch den Einsatz digitaler Technologien kann die Verwaltungsarbeit effizienter und bürgerfreundlicher gemacht werden. In der Regel haben Gemeinden ein gutes Sensorium für Probleme. Viele dieser Veränderungen sind bereits im Gange.»

Aufgezeichnet von Sascha Britsko

Seit bald 20 Jahren im Amt: Brigitte Boller (69)

Brigitte Boller (69, EVP) hatte sich einst fast arbeitslos gemacht, als sie ihre Gemeinde Bertschikon mit Wiesendangen fusionierte. Dafür kennt sie zwei Exekutiven von innen.

«Ich glaube, eine Gemeinde braucht eine gewisse Grösse, damit sie genügend gute Leute für ein politisches Amt findet. Kleine Gemeinden werden es in Zukunft schwer haben. Es geht nicht nur um den Gemeinderat, sondern auch um die Verwaltung. In Bertschikon arbeitete damals nur der Gemeindegeschreiber Vollzeit. Einen Steuersekretär zu finden, der alle Anforderungen erfüllt dann aber nur 30 Prozent arbeiten möchte, ist schwierig.

Ich wurde im Jahr 2002 in den Gemeinderat gewählt. Damals hatte die Gemeinde 1000 Einwohner. Später, als Gemeindepäsidentin, forcierte ich die Fusion mit der Nachbargemeinde Wiesendangen. Du sägst an deinem eigenen Ast, sagten mir die Leute. 2014 fand die Hochzeit statt und ich wechselte in den Gemeinderat von Wiesendangen. Da musste ich mich zuerst wieder zurechtfinden. Für mich war Wiesendangen mit nun 6500 Einwohnern eine verhältnismässig grosse Gemeinde. Dafür war sie professioneller organisiert. Sie hat eine hervorragende Verwaltung, und wir als Gemeinderat können uns auf die Strategie fokussieren.

Das Amt selbst ist spannend und horzionterweiternd, auch wenn man viel Freizeit investiert. Man lernt die Gemeinde, den Kanton und den Staat von innen kennen. Besonders den Austausch mit anderen Gemeinden und Institutionen schätze ich. Für mich ist die Zeit als Gemeinderätin eine persönliche Weiterbildung, 2022 ist aber altersmässig Schluss.

«Das Amt ist horzionterweiternd, auch wenn man viel Freizeit investiert.»

Ich habe vollstes Verständnis, dass Jüngere mit Beruf und Familie bereits genug gefordert sind und nicht noch in die Politik einsteigen wollen. Ich kann nur sagen: Man muss nicht alles selbst machen, die Verwaltung unterstützt einen. Obwohl wir in Wiesendangen eine Frauenmehrheit haben, sollte noch mehr für Frauen lobbyiert werden. Nach wie vor haben sie es nicht leicht mit Karriere und Familienplanung. Auch in der Schule dürfte noch mehr Politik vermittelt werden. Nicht nur, wie Abstimmungen funktionieren, sondern auch: Wie engagiere ich mich in der Politik?»

Aufgezeichnet von Simon Huwiler